

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk. einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6 gespaltene Petitzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 3 gespaltene Kettzeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 80

Danzig, Montag den 8. Juni 1914

5. Jahrgang

Politische Zwangskurse

Von Franz Mehring.

Wenn ein Staat am Abgrunde des Bankrotts steht, so sucht er sich durch den Zwangskurs seiner entwerteten Papiere zu retten. Es ist ein verzweifelltes Mittel und rettet nicht vor dem Bankrott, sondern gesteht ihm nur ein und beschwört ihn um so sicherer heraus.

Auch auf politischem Gebiet gibt es solche Zwangskurse, und sie sind sogar eine besondere Eigentümlichkeit des neu-deutschen Reiches, das sich als ein „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ ankündigte, tatsächlich aber ein Reich der Menschenfurcht und entarteten Sitte geworden ist. Es sind jetzt gerade vierzig Jahre her, seit diese periodischen Zwangskurse mit dem Kurs Teuffelsdorf begannen. Dann folgte der Hübels- und Robilingskurs, darauf der zwölfsährige Kurs des Sozialistengehuges, dann der September-Kurs, der Humen-Kurs und wie sie sonst heißen mochten, bis zu dem neuesten Kurs, der sich mehr und mehr als Kurs Falkenhain-Buttkamer entpuppt.

Das Eigentümliche dieser politischen Zwangskurse besteht darin, daß die Autorität des Klassenstaats die ganz richtige Empfindung hat, wie sehr sie in ihren Grundfesten wankt, und ihrem entervierten Ansehen dadurch einen Zwangskurs zu geben sucht, daß sie möglichst viele Staatsbürger — am liebsten alle, die an ihr zweifeln — ins Gefängnis steckt, damit sie sich hinter schwedischen Gardinen von der Verlehrtheit ihrer Zweifel überzeugen. Das ist zwar altpreussische Praxis, die das Maulhalten immer in ebenso hohen Ehren gehalten hat, wie das Soldatwerden und das Steuerzahlen, aber im neu-deutschen Reiche erhebt sich diese Praxis jeweilig zu jenen historischen Kursen, von denen wir einige aufgezählt haben.

Im Vorbedingungen solcher Kurse gibt es im allgemeinen zwei. Entweder müssen die herrschenden Klassen gegenüber der modernen Arbeiterbewegung einmal wieder am Ende ihres Lateins sein, so daß sie daran verzagen, sie mit geistigen Waffen zu besiegen und deshalb zu dem Knüttel greifen, den ihnen der liberale Schwächer Euster schon vor vierzig Jahren empfohlen hat. Oder aber sie planen einen selbst für ihre Begriffe ungewöhnlich verheerenden Raubzug auf die Taschen der darbenenden Massen, so daß es ihnen notwendig erscheint, deren wirksamste Vorkämpfer mundtot zu machen, so lange es noch Zeit ist.

Gewöhnlich treffen beide Momente zusammen, und so auch diesmal. Der Militarismus hat zwar in dem Falle Zubern einen großen Sieg errufen, aber doch nur über die schwachköpfige und schwachmütige Mehrheit des Reichstags. Dieser Sieg war etwas gar zu großartig, denn die Massen der Nation, die nun doch einmal das „Wort in Waffen“ sind, sagen sich ganz einfach, daß sie, wenn der Reichstag gegenüber den Annahmungen Molochs so völlig versage, selbst sich schon ein wenig mit dem Ungetüm befaßen müssen. Handelt es sich doch um ihre Haut, die in den unzähligen Soldatenmishandlungen gegerbt wird. Woraus sich für die Logik des Militarismus ergibt, daß wer den Massen von Soldatenmishandlungen spricht, hinter die schwedischen Gardinen wandern muß.

Dazu kommt dann aber die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge, und der „Lückenlose Zolltarif“, den die Land- und Schloßbarone ersehnen, um den Schwächtriemen der Massen noch weit enger zu ziehen, als er bisher schon gezogen worden ist. Wenn man neulich im Herrenhause die feudalen Junker nach Gewaltmaßregeln gegen die Arbeiterklasse heulen hörte, so muß man unwillkürlich an den Vergleich denken, den Karl Marx einmal zwischen dem Feudalismus und dem Tierreich gezogen hat. Er schrieb: „Im Wagen des Raubtieres hat die Natur die Waghäute der Einigung, die Feueresse der innigsten Verschmelzung, das Organ des Zusammenhangs der verschiedenen Tierarten bereitet. Ebenso zehrt im Feudalismus die eine Klasse an der andern bis zu der Rasse herab, welche, ein Polyp, an die Erdscholle gewachsen, nur die vielen Arme besitzt, um den oberen Klassen die Früchte der Erde zu pflücken, während sie selbst Staub zehrt, denn wenn im natürlichen Tierreich die Drohnen von den Arbeitsbienen, so werden im geistigen die Arbeitsbienen von den Drohnen getötet und eben durch die Arbeit.“ Damit sind die heutigen Feudalen aber noch nicht zufrieden; sie predigen obendrein Gewalt gegen die Arbeitsbienen, um diese vergessen zu machen, daß sie einen Stachel besitzen.

Natürlich wird bei den politischen Zwangskursen die Gewalt mit den Formen des Rechts umkleidet. Anders tut es nun einmal die bürgerliche Gesellschaft nicht. Sie ist nicht mehr, wie die feudale Gesellschaft, das unverhüllte, sondern nur noch das verhüllte Tierreich. Aber was ist es anderes als ein beißender Hohn auf alle Gerechtigkeit, wenn aus Sägen und Worten, die selbst unter der kümmerlichen Preß- und Versammlungsfreiheit des neu-deutschen Reiches jahrelang unbeantwundet erschienen sind, Hochverrat und Majestätsverbrechen

herausbestilliert werden? Und wie will man das Vorhandensein einer Klassenjustiz bestreiten, wenn sich in dem vierzig-jährigen Dasein dieser Zwangskurse noch nie ein Gerichtshof gefunden hat, der ihnen frank und frei entgegengetreten ist, der sich gewelgert hat, heute für ein Verbrechen zu erklären, was gestern noch kein Verbrechen war und morgen abermals kein Verbrechen sein wird?

Ueberhaupt — wenn einmal ein politischer Zwangskurs als letzte Rettung der Staatsautorität proklamiert wird, so beugt sich ihm alles, was zum Klassenstaat gehört, und nicht zuletzt die liberale Heldenschar. Gerät einmal einer der ibrigen aus Versehen unter die Opfer — wenn es geschieht, so geschieht es wirklich nur aus Versehen —, so macht sie freilich einigen Lärm, gewöhnlich unter der Versicherung ihrer echt königlichen und staatsstreuen Gesinnung, aber so lange der politische Zwangskurs seine Opfer nur aus der Arbeiterklasse holt, steht sie in staatsmännischer Fassung zu und betreibt das alles Wort: Wo werden denn diese Kalbsköpfe ein Wörtchen gegen ihr heiliges Palladium, den „preussischen Richterstand“ bringen, bei dessen bloßer Erwähnung sie vor Entzücken schmalzen und vor Respekt mit dem Kopf auf die Erde schlagen?

Trotz alledem aber bringt es der politische Zwangskurs nicht weiter als der ökonomische. Er raubt vielen Menschen, die ehrlich um das Wohl der Menschheit kämpfen, ihre Freiheit, ihre Gesundheit und oft genug ihr Lebensglück, und damit mag er sich wohl des Teufels Dank verdienen. Aber der Teufel teilt mit den Vorfahren eines erlauchten Herrscherhauses der Gegenwart den Fehler der Undankbarkeit und hüft denen, die ihm opfern, deshalb noch lange nicht aus der Tasche. Und dem politischen Zwangskurs ist auch wirklich nicht zu helfen; er ist intellektuell und moralisch gleich abstoßend; so abstoßend, daß er bald nach kürzerer, bald nach längerer Frist, am allgemeinen Ekel und Widerstreben stirbt, wofür das Sozialistengehug ein klassisches Beispiel war.

Jedoch wenn der politische Zwangskurs des Teufels Diebling ist, so ist er doch Kapitelsfest genug in der christlichen Religion, um von den Toten aufzuerstehen. Wie er seit vierzig Jahren immer wieder gekommen ist, sobald die herrschenden Klassen nicht mehr aus und ein wußten, so wird er wiederkehren, bis es keine herrschenden Klassen mehr gibt.

So lange wird sich der politische Zwangskurs an das Dichtermotiv klammern:

Opfer fallen hier,
Weder Lamm noch Stier,
Aber Menschenopfer unerhört.

Alein ebenso lange wird sein grinsendes Antlitz immer wieder erbleichen unter dem trohigen Rufe seiner Opfer:

Wer eine Jung' hat und spricht nicht,
Wer eine Kling' hat und sich nicht,
Was ist der wohl, wenn ein Wicht nicht?

Die Geschäfte des Generals v. Lindenau

Zu diesem Thema liefert unser Straßburger Parteiblatt in seiner Nummer vom Freitag den 5. Juni den folgenden erbaulichen Beitrag:

Ein Apotheker in einer größeren Stadt Elsaß-Lothringens diene als Einjähriger und wurde als Oberapothekersapirant entlassen. Es verging ein Jahr nach dem andern, aber die sehrfrühtig erwartete Einberufung zu einer Übung, die mit einer Avancierung zum Oberapotheker geendet hätte, kam nicht und kam nicht. Der Apotheker, der gar zu gern diesen militärischen Rang erlangt hätte, hörte nun eines Tages im August vorigen Jahres von einem Bekannten, daß es nicht allzu schwierig wäre, zu dem ersehnten Ziele zu gelangen. Es kostete Sie nichts, wurde ihm versichert; Sie müssen nur ein paar Tausend Mark verpumpen, die aber sicher sind, denn es betrifft einen preussischen General. Gestagt getan. Durch einen Straßburger Agenten erfuhr der Apotheker das Nähere und reiste dann kurz entschlossen von seinem Wohnort nach Trier, wo General v. Lindenau Divisionskommandeur war. Dort unterbreitete der Apotheker dem General seine Absicht und die Erzeilerin erklärte ihm, ja, das ist bald gemacht, ich komme nächsten sowieso nach Metz und werde Ihnen den Gefallen tun. Hoherfreut reiste der Apotheker wieder zurück. Von Geld usw. sprach er mit dem General nichts, wie er uns berichtet. Einige Tage darauf erhielt er dann den Besuch des Straßburger Agenten, der ihm zwei Aktepte, die von General v. Lindenau unterzeichnet und von einer Trierer Ziegeleifirma Wänderschmitt diskontiert waren. Die Aktepte liefen auf 16 000 Mark. Der Apotheker wartete und wartete auf seine Einberufung, aber nichts ließ sich hören. Als die Zeit zur Einberufung, im Januar dieses Jahres, herangekommen war, schrieb er dem General, was eigentlich los sei, er hätte doch alles soweit geregelt. Der General ließ nichts von sich hören. Inzwischen kam der Apotheker gelegentlich einer Geschäftsstour nach Köln und lernte dort einen Frankfurter Fabrikanten

kennen. Im Laufe der Besuche in erzählte uns der Apotheker, kam das Verste auch auf Titel zu sprechen, und gab der Apotheker dem Frankfurter Fabrikanten auch die Geschichte seiner Bekanntschaft mit General v. Lindenau zum Besten. Ja, meinte der Frankfurter, die 16 000 Mark werden Sie wohl nicht wiedersehen. Auch ich habe die Bekanntschaft des Generals gemacht. Zu ihm sei eines Tages ein Frankfurter Agent gekommen und habe gefragt, ob er, der Fabrikant, nicht gerne Kommerzienrat werden wolle; da dies bejaht wurde, sei einige Tage später ein preussischer General in der städtischen Kafform zu ihm ins Haus gekommen und habe mit ihm über den Kommerzienratstitel gesprochen, den er dem Fabrikanten leicht beschaffen könne. Der General war Kurt v. Lindenau. Kurze Zeit darauf sei dann der Agent gekommen und habe einen Wechsel, unterzeichnet v. Lindenau, vorgelegt. Da aber der Fabrikant wußte, daß Wechsel mit dem Namen v. Lindenau recht viele existieren, hat er vorsichtshalber abgelehnt, und mit dem Kommerzienratstitel war es nichts.

Als der Apotheker Ende Februar d. Js. von seiner Reise zurückkam, war inzwischen der General v. Lindenau gestorben. Sofort schrieb er, um von seinem Gelde noch zu retten, an den Sohn des Generals, den Bezirksoffizier v. Lindenau in Alfenburg, er möchte doch für Zurückzahlung der 16 000 Mark sorgen und außerdem die dem Apotheker wertvollen Militärpapiere, die General v. Lindenau in Verwahrung gehabt habe, zurücksenden. Als Antwort kam ein Brief des Sohnes zum General, daß im Nachlaß seines Vaters diesbezügliche Militärpapiere nicht zu finden seien, und daß außerdem über das Vermögen seines Vaters der Konkurs eröffnet sei.

Nun trauert der Apotheker um seine 16 000 Mark. Wohl hat er die Angelegenheit einem Rechtsanwalt übergeben, der aus der Lindenauschen Konkursmasse noch retten soll, was zu retten ist, aber viel Hoffnung hat er heute selbst nicht mehr.

Es wäre recht interessant, auch die Geschäftsverbindungen des Generals v. Lindenau und der Trierer Ziegeleifirma näher kennen zu lernen. Vielleicht bieten dazu die nach der Braunschweigischen Landeszeitung in Aussicht stehenden Prozesse Gelegenheit.

Arbeitslosenversicherung und Königs-Geburtstagsgeschenk.

In der bayerischen Kammer ist dank der Prinzen und der hochgehorenen Reichsräte eben erst die Regierungsvorlage zu Fall gekommen, die kumpige 75 000 Mk. für die Arbeitslosenversicherung in Aussicht nahm. Just zu derselben Zeit wird bekannt, daß die bayerischen Städte zum 70. Geburtstag des Königs 100—120 000 Mk. für einen Tafelauffzug aufbringen wollen, der dem König zum Geburtstag überreicht werden soll. Die Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Städte erfolgt nach der Einwohnerzahl dergestalt, daß auf je 1000 Einwohner 25—30 Mk. zu zahlen sind. Für königliche Geburtstagsgeschenke haben also die Städte Geld, sie haben auch Geld für Königsbesuche, erst in der letzten Zeit sind in den Städten Augsburg, Bayreuth, Hof Zehntausende für den Königsbesuch bewilligt worden. Die Not der Arbeitslosen zu steuern aber dazu reichen die Mittel nicht hin und der Reichsrat lehnt unter Führung mehrerer Prinzen ab, für die gesamten Arbeitslosen Bayerns 75 000 Mark aus Staatsmitteln zu gewähren, derselbe Reichsrat, der keinen Augenblick zögerte, die erhebliche Zivilisten-erhöhung zu bewilligen.

Politische Uebersicht Deutschland

Berlin, 5. Juni. Der preussische Landtag, der bekanntlich nach Pfingsten noch auf wenige Tage zusammentritt, um sich dann bis auf den Herbst zu vertagen, wird für die Herbstsession nach ein ergiebig reiches Arbeitsgebiet vorfinden. Von den Vorlagen der Regierung sind u. a. die Entwürfe einer Novelle zum Landesverwaltungs-gesetz und über Familien-Fideikommiss-gesetze, die bereits vom Herrenhause beraten sind, im Plenum des Abgeordnetenhauses überhaupt noch nicht zur Beratung gekommen. Auch der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichszuwachssteuer-gesetz und die Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker harren noch ihrer Erledigung. Die Zahl der Anträge aus dem Hause, die überhaupt noch nicht beraten worden sind, beträgt 33. Es befinden sich darunter Anträge über Aenderung der Geschäftsordnung, Wahlrechtsanträge, eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Kreditnot des städtischen Haus- und Grundbesitzes beziehen, die fortschrittlichen Anträge über Ministerverantwortlichkeit, über Neuregelung des gesamten Beamtenrechts, über Schaffung eines Staatsarbeitsrechts, ferner die Anträge über den Religionsunterricht der Dissidentenkinder, über die Billig-

teilsdauer von Polizeiverordnungen und endlich die Anträge über den Gebrauch fremder Sprachen in öffentlichen Versammlungen. Von den schon lange eingebrachten Interpellationen, zu deren Beantwortung sich die Regierung bisher noch nicht bereit erklärt hat, gehört die freikonservative Interpellation über die Verhütung des übermäßigen Zugangs der Arbeiterbevölkerung nach den Großstädten und über die Unterstützung in der finanziellen Notlage der Gemeinden. In den Kommissionen stehen von Anträgen u. a. diejenigen, die sich auf das positive Kommunalwahlrecht der Staatsbeamten beziehen, der Antrag über die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte, die Anträge über geistliche Orts- und Kreisstudieninspektionen und über Horte für Schulkinder.

Von den größeren Vorlagen ist die Befolgsordnung der verstärkten Budgetkommissionen überwiesen, während der Wohnungsgesetzentwurf und der Kommunalabgabengesetzentwurf, sowie das Grundsteuergesetz in besonderen Kommissionen beraten werden. Die besonderen Kommissionen sollen bekanntlich auch während der Vertagung ihre Arbeiten weiter fördern, damit das Plenum im Herbst zu den Vorlagen endgültig Stellung nehmen kann.

Vom Herrenhause sind u. a. noch nicht erledigt die Gesetzentwürfe über die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Innungsstrafenklassen und über die Abänderung des Fürsorgeerziehungsgeleges.

— **Jhr. v. Hammerstein-Cogten**, der frühere preuß. Landwirtschaftsminister, ist am Freitag nach kurzer Krankheit im Alter von 86 Jahren in Vogeln (Regierungsbezirk Osnabrück) gestorben. Er wurde im November 1894 als Nachfolger des Ministers v. Heyden zum Landwirtschaftsminister ernannt und von den Konservativen als Gegner der Handelsvertragspolitik lebhaft begrüßt. Die uralten Pläne der preussischen Agrarier schienen ihm aber die Lust am Amte genommen zu haben. Er trat einer Monopolisierung des Getreidehandels, insbesondere dem Antrag Kahl'sch entgegen und nach der Ablehnung der Kanalarborte im Mai 1901 nahm er gemeinsam mit Riquel und dem Handelsminister Bresselt seinen Abschied. Sein Nachfolger wurde der damalige Staatssekretär des Reichspostamts v. Bobbielski.

— **Der Kampf gegen die Arbeiterjugend und Zeugniszwang gegen die Presse.** Mit den kleinlichsten Mitteln bekämpft man bekanntlich in Preußen die Arbeiterjugendbewegung. So sollte im September vorigen Jahres in Ohlig bei Solingen eine Versammlung der Arbeiterjugend stattfinden, zu der der Genosse Brauer-Solingen als Referent vorgelesen war. In unserem Solinger Parteiorgan, der „Bergischen Arbeiterstimme“, war zum Besuch dieser Versammlung aufgefordert worden. Aus diesem Grunde sah die Polizei die Veranstaltung als eine öffentliche politische Versammlung an; zugleich betrachtete man den Genossen Brauer als den Veranstalter. Die Versammlung wurde überwacht und Brauer wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz angeklagt. Er wurde zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er den zur Bewachung entsandten Beamten keinen angemessenen Platz zur Verfügung gestellt hatte. Von der Anklage, eine politische Versammlung für Jugendliche veranstaltet zu haben, wurde er freigesprochen. Die vom Staatsanwalt eingelegte Berufung wurde verworfen. Gelegentlich der erneuten Verhandlung nahm das Gericht den Genossen Christmann-Solingen in 10 Mark Geldstrafe, weil er darüber die Aussage verweigerte, ob Brauer der Verfasser einer auf

die Versammlung hinweisenden Notiz in der „Bergischen Arbeiterstimme“ sei.

Der Zeugniszwang ist in diesem Falle selbst juristisch verfehlt. Genosse Christmann sollte Beschwerde bei dem Oberlandesgericht erheben. Denn Genosse Brauer war beschuldigt, eine politische Jugendversammlung veranstaltet zu haben; an der Veranstaltung hat aber Genosse Christmann dadurch „teilgenommen“, daß er zum Besuch der Versammlung aufforderte. Wer der Teilnahme an der zur Anklage führenden Tat verdächtig ist, darf nicht verurteilt werden, auch wenn die Teilnahme nicht strafbar ist; zu unethischen Aussagen kann aber niemand gezwungen werden. Daß der Zeugniszwang gegen die Presse nicht längst aufgehoben ist, hat ist ein Skandal. Daß aber Genosse Christmann wegen Zeugnisverweigerung zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, beruht auf einem Rechtsirrtum.

W. Ein Hinweis auf die Strafvorschriften des Vereinsgesetzes ist keine im Verwaltungsstrafverfahren angreifbare politische Verfügung. Wichtig für Vereinsvorstände ist eine Entscheidung, die jetzt das preussische Obergericht gefällt hat.

Der hannoversche Kriegerverein „Militärverein für Niedersachsen“ wurde vom Polizeipräsidenten zu Hannover als politischer Verein angesehen. Der Vorsitzende des Vereins, Rittmeister A. D. v. Platen, bestritt, daß es sich um einen politischen Verein handele, reichte aber die Statuten ein, um, wie er sich ausdrückte, etwaigen Nachfragen vorzubeugen. Der Polizeipräsident ließ darauf an v. Platen ein Schreiben abgehen, worin er erklärte, der Verein müsse doch als politisch angesehen werden, und v. Platen aufforderte, auch ein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Der Polizeipräsident fügte hinzu:

„Falls Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird nach § 18 des Vereinsgesetzes verfahren werden müssen.“

Der § 18 des Vereinsgesetzes enthält die Strafvorschrift für die Fälle, wo der Vorstand eines politischen Vereins den Vorschriften über die Einreichung von Satzungen und Verzeichnissen gemäß § 3 des Gesetzes zuwiderhandelt.

Herr v. Platen beschwerte sich vergeblich beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten zu Hannover. Die Behörden erachteten den „Militärverein“ für Niedersachsen“ für einen politischen Verein, indem sie meinten, er wäre 1912 im Gegensatz zu andern Kriegervereinen gegründet worden, um im Sinne der Ziele der Welfenpartei durch Pflege der welfischen Traditionen zu wirken.

Auf die Klage des Vorsitzenden beschäftigte sich das Obergericht in mehreren Terminen mit der Sache. In einem der früheren Termine vertrat ein Ministerialkommissar denselben Standpunkt, wie die genannten Behörden, während die Vertreter des Vereins dem entschieden entgegneten. Es wurde seinerzeit Beweiserhebung beschlossen.

Das Obergericht hat nunmehr jedoch in seiner letzten Sitzung, ohne in der Sache selbst zu verhandeln, die Klage wegen Unzulässigkeit des Verwaltungsstrafverfahrens abgewiesen. Begründend wurde ausgeführt:

Das Gericht habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich hier überhaupt nicht um eine politische Verfügung im Sinne des Paragraphen 127 des Landes-Verwaltungsgeleges handele, die mit den Rechtsmitteln dieses Paragraphen angreifbar wäre! Denn der Polizeipräsident habe nicht eine Zwangsstrafe gemäß Paragraph 132 des Landes-Verwaltungs-

geleges angedroht, also nicht von den eigenen Machtmitteln der Polizei zur Durchführung polizeilicher Verfügungen Gebrauch machen wollen, sondern er habe nur hingewiesen auf das strafrechtliche Verfahren aus Paragraph 18 des Vereinsgesetzes. Unter diesen Umständen könne eine gemäß Paragraph 127 des Landesverwaltungs-Gesetzes angreifbare polizeiliche Verfügung nicht als vorhanden angenommen werden. Der Oberpräsident hätte gar nicht entscheiden dürfen und das Obergericht sei ebenfalls unzuständig. Die Frage, ob wirklich ein politischer Verein hier vorliege, könne er deshalb nicht entscheiden.

Frankreich

— **Violans gewundene Erklärung.** Herrn Violans ist es jetzt gelungen, ein Ministerium zusammenzutrommeln. Ueber sein Programm wird aus Paris depechiert:

Violans und seine Mitarbeiter vereinbarten die Form der Ministererklärung über das Militärgesetz. Die Regierung wird darlegen, daß das Militärgesetz seinem Geiste und Wortlaut nach angewendet werden muß. Das Kabinett wird in der militärischen Vorbereitung der Jugend fortfahren und Maßnahmen vorschlagen, die geeignet sind, die Stärke der Armee zu erhöhen. Erst wenn diese Maßnahmen durchgeführt und ihre Wirksamkeit bewiesen sein wird, dann wird man daran denken dürfen, ob die äußeren Umstände es gestatten, die Dauer des Militärdienstes herabzusetzen.

Die Sozialisten werden sich also bemühen, das neue Ministerium zu stürzen. Denn nur ein Kabinett, das die sofortige Vorbereitung der Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit zusagt, kann auf die Unterstützung unserer Genossen rechnen.

Mexiko

— **Munition für die Rebellen aus den Vereinigten Staaten.** Am Donnerstag landete ein amerikanisches Schiff, ohne Widerstand zu finden, Munition für die Konstitutionalisten in Tampico.

Danziger Nachrichten

Sozialdemokratie und Kolonialpolitik

1. Der sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt hielt am Freitag, den 5. Juni, im Lokale des Herrn Steppuhn eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Genosse Bartel war am Erscheinen verhindert und konnte deshalb den Vortrag über Sozialismus und Kirche nicht halten. An seiner Stelle sprach Genosse Leu über Kolonialpolitik und Sozialdemokratie. Die Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft machte dieses Thema besonders zeitgemäß. Leu's Rede wurde von folgenden leitenden Gedanken getragen: Der Wunsch unserer Großmachtanahler, daß Deutschland nicht nur der erste und größte Militärstaat, sondern auch See- und Kolonialmacht werde, ist nach dem französischen Krieg 1870 immer reger geworden. Der nationale Hero Bismarck wandte sich mit Händen und Füßen gegen Deutschen Kolonialbesitz. Die Besitzergreifung geschah durch kapitalistische Interessengruppen. Als Verwund diente die große Abwanderung aus Deutschland. 1872 bis 1888 wanderten 1 618 600 Menschen aus Deutschland, davon gingen nach den Vereinigten Staaten 1 549 000. Die Auswanderung betrug im Jahre 1886 79 000, im Jahre 1887 98 000 und im Jahre 1888 98 000 Köpfe. Ueberbevölkerung ist nicht die Ursache, daß jährlich viele Tausende kräftiger Menschen ihre Heimat verlassen, denn im Osten Deutschlands

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

54)

Die Triumvirn wurden mit ihren Hauptschuldigen zum Tode geschleppt, unter Wut- und Jubelgeschrei, unter Flüchen, Gelächter und Freudentänzen.

Am Tage darauf wurde Evarist aus seinem Kerker geholt und vor Gericht gestellt. Er war etwas zu Kräften gekommen und konnte fast auf seinen Beinen stehen. Man setzte ihn auf die Tribüne, die er so oft voll Angeklagter gesehen hatte und auf der nach und nach so viele berühmte und unbekannt Opfer erschienen waren. Jetzt ächzte sie unter der Last von fünfundsiebzig Individuen, meist Mitgliedern des Gemeinderats und eifrigen Geschworenen, die gleich ihm geächtet waren. Er erblickte seine Bank wieder, die Rückenlehne, gegen die er sich sonst gelehnt hatte, den Platz, von dem aus er so viele Unglückliche in Schreden versetzt hatte. Dort war er den Blicken von Jacques Maubel, Fortuné Chaffagne, Maurice Brotaucou und den flehentlichen Augen der Bürgerin Kocemoure begegnet, der er seine Erinnerung zum Geschworenen verdankte und der er seinen Dank durch ihr Todesurteil abgezollt hatte. Auf der Tribüne thronen die Richter in drei Reihen: rechts die mit rotem Richteramt besetzten waren; darüber erblickte er die Büsten von Chafler und Marat und die des Senatus, bei der er einst geschworen hatte. Nichts war verändert: weder die Krone und Aurenbüchel, die roten Papierenmützen, die Schürzen, die die Aristokraten von den Tribünen herab auf die Todgeweihten schleuderten, noch die Seele des dichtsichtigen, arbeitamen Fouquier, der eifrig in seinen mörderischen Papieren blätterte und als vollendeter Beamter seine getriggen Freunde aufs Schafot schickte.

Die Bürger Remacle, Portier und Schneider, sowie Dupont der Felleter, Tüchler an der Place de l'Étoile und Mitglied vom Ueberwachungsamt des Bezirks Pont-Neuf, resignierten Evarist Gamelin, Kunstmaler, früherer Geschworenen am Revolutionstribunal und früheres Mitglied des Pariser Gemeinderats. Für diese Leistung erhielten sie vom Senat ein Assignat von hundert Sous auf Bezirkskosten. Doch da sie Nachbarn und Freunde des Geschworenen waren, so machte sein Blick sie resignieren. Zudem war es heiß, sie waren durstig und gingen rasch ein Glas Wein trinken.

Nur mit Mühe bestieg Gamelin den Henkerkarren. Er hatte viel Blut verloren und seine Wunde schmerzte ihn heftig. Der Richter schlug auf keinen Klepper ein und langsam setzte der Zug sich in Bewegung, von Hohngeächter begleitet.

Frauen die Gamelin erkannten, riefen ihm zu:

„Nur zu! Blutsauger! Mörder für achtzehn Franken pro Tag! ... Er lacht nicht mehr. Seht, wie bleich er ist, der Teufel!“

Es waren dieselben Weiber, die früher die Aristokraten und die Verschwörer, die Gemäßigten und die Heißsporne verhöhnt hatten, die von Gamelin und seinen Kollegen in den Tod geschickt wurden.

Der Karren kam auf den Quai des Marsondus, fuhr langsam über den Pont-Neuf und erreichte die Rue de la Monnaie. Es ging nach dem Revolutionsplatze, zu Robespierres Schafot. Der Gaul lahnte, der Richter schlug ihm in einem fort seine Peitsche um die Ohren. Der frühliche Schwarm der Zuschauer verperrte der Bedeckung fortwährend den Weg. Das Publikum jubelte den Gendarmen zu, die ihre Pferde zurückhielten. An der Ecke der Rue Honoré verdoppelten sich die Schmähungen. Junge Leute, die im Zwischenstod in den Modestaurants zu Tische saßen, traten mit der Serviette in der Hand an die Fenster und riefen:

„Kannibalen! Menschenfresser! Blutsauger!“

Der Karren geriet in einen Schmutzhaufen, den man an diesen beiden unruhigen Tagen nicht fortgeschafft hatte. Die goldne Jugend brach in Jubelgeschrei aus:

„Der Karren steht im Dreck! ... In den Kot mit den Jakobinern!“

Gamelin war in Gedanken versunken und eine Erkenntnis ging ihm auf.

„Ich werde gerecht“, dachte er. „Es ist recht und billig, daß diese Schmähungen, die der Republik gelten, auf uns fallen; wir können sie dafür schirmen lassen. Wir waren schwach. Wir haben uns der Nachsicht schuldig gemacht. Wir haben die Republik verraten. Unser Schicksal ist verdient. Selbst Robespierre, der Reine, der Heilige, sündigte durch Müde und Sanftmut. Seine Sünden sind durch sein Martyrium gesühnt. Wie er, verriet auch ich die Republik; sie geht unter; es ist gerecht, daß ich mit ihr sterbe. Ich schonie das Blut anderer; möge das meine fließen! Möge ich untergehen; ich hab' es verdient!“

Während er so dachte, erblickte er das Schild des „Amor als Maler“, und ein Strom von Süße und Bitterkeit quoll wild in seinem Herzen auf.

Der Laden war geschlossen, die Jalousien der drei Fenster im Zwischenstod ganz heruntergelassen. Als der Karren vor dem linken Fenster, dem des weißen Stübchens, vorbeikom, hob eine Frauenhand, die am Finger ein silbernes Ringchen trug, den unteren Rand der Jalousie auf und warf ihm eine rote Kette zu, die Gamelin mit seinen gefesselten Händen nicht auffangen konnte, die er aber anbetete als Symbol und Abbild der ersten kuffenden Lippen, die seinen Mund so oft erfrücht hatten.

Seine Augen füllten sich mit Tränen, und ganz versunken in den Zauber dieses Abschieds sah er auf dem Revolutionsplatze das blutige Fallbeil aufragen.

Neunundzwanzigstes Kapitel

Die Seine ging mit Eis. Es war im Monat Nivôse. Die Wasserbeden der Tuilerien, die Rinnsteine und Fontänen waren gefroren. In den Straßen wirbelte der Nordwind Schneewolken auf. Weißer Dampf quoll aus den Rüstern der Pferde; an den Türen der Optikerläden blickten die Passanten nach den Thermometern. Ein Verkäufer wischte die Eiskruste von den Scheiben des „Amor als Maler“, und die Neugierigen sahen sich die Modelupfer an: Robespierre preßte ein Herz über einem Kelche aus, wie eine Zitrone, um das Blut zu trinken. Daneben große allegorische Darstellungen, wie „Robespierres Tigerherrschaft“ — lauter Schlangen, Hydren, scheußliche Ungeheuer, die der Tyrann auf Frankreich losließ — ferner „Robespierres schändliche Verschwörung“, „Robespierres Gefangennahme“, „Robespierres Tod“.

Nach dem Mittagessen erschien Philipp Demahis im „Amor als Maler“, seine Mappe unter dem Arme. Er brachte dem Bürger Blaise eine Platte, die er soeben gestochen: „Robespierres Selbstmord“. Der Schelmengriffel des Malers hatte den Selbstmörder denkbar abstoßend gemacht. Das Publikum hatte sich damals noch nicht satt gesehen an all den Bildern, welche die Schändlichkeit dieses Mannes darstellten, den man mit allen Verbrechen der Revolution belud. Trotzdem erklärte der Kunsthändler, der sein Publikum kannte, er werde ihm demnächst militärische Sujets zu stechen geben.

„Wir werden bald Siege und Eroberungen brauchen, Säbel, Helmbüchse und Generale. Wir sind auf dem Wege zum Ruhme. Ich fühle es in mir; mein Herz schlägt bei der Kunde von den Siegen unserer tapferen Heere. Und wenn ich etwas fühle, so fühlt es fast immer alle Welt mit mir.“ Was wir brauchen, sind Krieger und Frauen. Mars und Venus.“

„Bürger Blaise, ich habe noch zwei oder drei Zeichnungen von Gamelin, die Sie mir zum Stechen gaben. Gilt es damit?“

„Durchaus nicht.“

„Uebrigens, bei Gamelin ... Gestern ging ich über den Boulevard du Temple. Bei einem Althändler gegenüber von Beaumarchais' Hause sah ich alle Bilder dieses Unglücksmannes, auch seinen „Dress und Elektra“. Dreißt Kopf sieht Gamelin ähnlich und ist sehr schön, ich versichere Ihnen ... Kopf und Arm sind süperb. ... Der Althändler sagte, die Bilder würde er leicht los an Maler, die sie übermalen. ... Der arme Gamelin! Vielleicht wäre er ein großes Talent geworden, hätte er die Politik sein gelassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen

Achter Jahresbericht

der

sozialdemokratischen Partei Westpreußens

(April 1913 bis März 1914.)

III

Presse.

Die Volkswacht wurde am Schlusse des Berichtsjahres in eine Tageszeitung umgewandelt. Schon auf dem Westpreussischen Parteitage 1912 ...

Damit ist eine gesunde Basis für die Weiterentwicklung unseres Blattes geschaffen. Aufgabe aller tätigen Genossen muß es sein, für ständige Ausbreitung ihrer Zeitung Sorge zu tragen.

In der Verwaltung machten sich einige Änderungen notwendig. An Stelle des nach Braunschweig verzogenen Genossen Broßwitz wurde Genosse Unterkast als Akquisitor gewählt.

Im Kampf der Arbeiterfeinde gegen die Volkswacht bucht unsere Redaktion im Berichtsjahre nur zwei Verurteilungen. Wohl wurden gegen die Redakteure fünf Strafverfahren eingeleitet.

Schädigung geworden. Immer wieder muß betont werden, daß jedermann, der eine Zeitung in Anspruch nimmt, sich auch der äußersten Gewissenhaftigkeit befleißigen muß.

Am 12. Mai 1913 nahm Genosse Schröder seine redaktionelle Tätigkeit wieder auf, am 15. Januar 1914 wurde er in einer der in Danzig üblichen Polizeibefehldingungen zu 150 Mark Strafe verurteilt.

Im vorigen Jahresbericht des Provinzvorstandes hat der Vorstand obigen Vereins bereits darauf hingewiesen, daß die Entwicklung sehr zu wünschen übrig lasse und die Mahnung an unsere Genossen in Stadt und Land gerichtet, ihre etwaigen Spargroschen nicht auf kapitalistische Banken zu bringen.

Vergleicht man die Einnahmen der früheren Jahre mit denselben im zurückliegenden Jahre, so muß man konstatieren, daß das Interesse bei unseren Genossen für den Sparverein sehr nachgelassen hat.

Diese Ansicht ist natürlich durchaus nicht richtig. Die Genossen übersehen dabei vollkommen, daß dieser augenblickliche Zustand nur ein Provisorium darstellt und daß, wenn wir unsere Volkswacht weiter ausgestalten wollen, wir an die Errichtung einer eigenen Druckerei in Danzig herangehen müssen.

Welle aus. Wir richten daher das dringende Ersuchen an alle Genossen, ihre etwaigen Spargroschen dem eigenen Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Kassierer ist Genosse W. Neel, Danzig, Domonikswall 8, 1 Tr. Vorsitzender ist Genosse A. Bartel, Frauengasse 10.

Elbing-Matzenburg

Städtische Notstandswohnungen.

Anfolge der großen Wohnungsnot in Elbing wies der Magistrat den obdachlosen Familien das frühere Militärmagazin auf der Speicherinsel als Unterkunftsort an.

Feuilleton

Wie man im Mittelalter Fischdiebe bestrafte. Der ehemalige bayerische Nordgau, die steinige Oberpfalz, jenes Gebiet nördlich der Donau, zwischen dem Frankenjura, dem Fichtelgebirge und dem Böhmerwalde, zeichnet sich heutzutage durch eine besonders hohe Kriminalität aus.

Der bayerische Regierungsdirektor Leythäuser veröffentlichte kürzlich eine interessante Abhandlung über die Geschichte des größten Oberpfälzer Fischdiebes, des Pflentischweihers, der mehrere Stunden lang vor und zwischen den beiden Marktflecken Eslarn und Pflentzheim unweit der böhmischen Grenze lag.

im kurfürstlichen Pflentzweiherr betreten wurde, eine Zeitlang im Gefängnis zu Pleystein gefangen gehalten und examinert war, und daß das Gerichtsprotokoll zu dem hochselbstlichen Rat nach Neuburg überschickt wurde.

Uebrigens kam solch einem armen Teufel, der beim Fischstechen erwischt und abgestraft wurde, die Geschichte auch sonst noch ziemlich teuer. In dem oben angeführten Falle hat der Delinquent die folgenden Kosten zu zahlen:

Table with 3 columns: Item, Kreuzer, Gulden. Includes entries like 'Erstlich Fanggeid (für das Fangen des Diebes)', 'Schließgeld', 'Für den Knecht, der in Pflentz den Vogel 5 Tage bewachte...'.

Man sieht sonach, daß im Mittelalter die „gnedigen Herrn“ arme Teufel von Fischdieben mit geradezu barbarischen Strafen belegten.

Bemerktes

Die Antwort.

Raum steht sie da, die neueste Ordnungstafel. So tritt mit hoffnungsvollem Biederfönn und ehrfurchtsvoll herabgezog'ner Mähe Der Eberose wieder vor den Tischin.

Er räuspert sich und säufelt dann verlegen: „Um was wir bitten, ist ja nicht enorm. Indessen — zwar — gewiß — obichon — hingegen Was denken Sie vom Thema „Wahlsreform“?“

Darauf erhebt sich aus erhab'nem Rebel Die Nummer Zehn der Dakwidynastie. Des seligen Blocks Agente, Herr v. Doebeß. Und blickt zur Rechten und bezwinkelt sie.

Dann aber: klatsch! Rardanz! mir Kraut und munter, Und nochmal: braackts! mit ungeheurem Knall Haut er dem Fortschrittsmanne eine runter. Daß ihm die Wade schwülkt wie'n Parkeval!

„Ne Wahlsreform? Sie sind wohl nicht ganz richtig! Wir pfeifen hier aufs Volk — und nicht zu knapp! Und Königsworte sind vor'dammmt nicht wichtig! Da haben Sie Ihr Ding! Nun schramm'n Sie ab!“

Solch eine Züchtigung kann das Blut erregen. Jedoch man ist ja längst des Stolzes bar — Man räuspert sich und säufelt dann verlegen: „Indes — gewiß — obichon — hingegen — zwar“ . . . (Knag im Vorwärts.)

— Komplizen. Hänschens Mutter macht im Delikatessengeschäft Einkäufe. Am Schlusse läßt sie sich, ohne daß ihr Junge es merkt, eine Tafel Schokolade geben. Als sie beide wieder auf der Straße sind, meint sie scherzend: „Sieh mal, Hänschen, wie der Kommiss gerade fortgesehen hat, hab ich mir schnell die schöne Schokolade genommen, die wollen wir uns jetzt gliß schmecken lassen.“ — Hänschen verzehrt schmunzelnd seinen Anteil. Dann langt er in die Tasche, holt sechs Bäckpflaumen heraus und bemerkt: „Wo du so anständig warst und hast mir von deinem Beklauten was abgegeben, schißt du auch vor meinem was haben!“

Eine bürgerliche Konsumkassette

Der Zusammenbruch der Elbinger Vereinsbank wird manche faule Eumpstühle emporwerfen. Das steht bereits heute fest, wenn man die Ausstellungen der Beteiligten in der bürgerlichen Presse liest. Der Elbinger Zeitung & B. wird gefolgt:

Ueber die eigentliche Ursache des Konkurses wird uns mitgeteilt, daß die vorliegende zu suchen ist in einem großen Verlust, der von der Elbinger Bank Schenk & Co mit Sicherheit zu erwarten ist. Dieser Verlust ist auf 800 000 Mark zu rechnen. Durch diesen Ausfall tritt eine Ueberbürdung ein, die der Aufsichtsrat trotz aller Anstrengungen nicht mehr bewältigen konnte. Dieser Verlust konnte nur durch Entschließen, daß die Direktion hinter dem Rücken des Aufsichtsrats und entgegen den Grundsätzen des Aufsichtsrats der Bank maßlose Kredite einräumte. Während nämlich der Aufsichtsrat auf Grund der vorhandenen Garantien der Bank einen Kredit von 90 000 Mk. zugestand, ging die Direktion um das Doppelte darüber hinaus. Sind wir nicht unrichtig, so wurden diese Maßnahmen durch Einrichtung verschiedener Konten verdeckt. Da die bisherigen Vermögensverhältnisse haben, daß andere erhebliche Kreditüberstellungen zu erwarten sind, dürften weitere größere Verluste nicht zu erwarten sein, wenn auch zugegeben ist, daß die Regulierung ohne Verluste nicht abgehen kann. Trifft das hier Gesagte zu, dann muß in kurzem die Schwulst der Bank zusammenbrechen. Einstweilen befreit ihr Inhaber noch den seinem Unternehmen nachgesagten saulen Zustand und stellt alles in rosigem Lichte dar. Aber auch bei der Vereinsbank war ja bis zum letzten Tage alles so rosig, daß noch am Vormittage Spareinlagen angenommen wurden, obwohl abends die Rude geschlossen ward. Schon jetzt ist klar, daß die Mitglieder der Bank mindestens eine Million Mark verlieren werden, denn darüber, daß der Reservefonds, die Geschäftsanteile und mindestens ein Teil der Kassenkassen, vielleicht sogar die ganze Kassenkassen fast ist, besteht kein Zweifel. Spricht man doch davon, daß möglicherweise sogar ein Teil der Spareinlagen verloren geht. Und dieser überaus schmachvolle Zusammenbruch ist bis auf die letzte Minute den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern verborgen geblieben. Der Verbandsvorstand hat noch wenige Wochen vor dem Zusammenbruch die Vereinsbank revidiert und alles in besserer Ordnung gefunden. Charakteristisch ist die Rücksicht, die jetzt noch auf die Schuldigen genommen wird. Keine Zeitung hat bisher den Namen des Direktors genannt. Ganz allgemein spricht man von der „Direktion“ oder dem „Direktor“. Wenn uns das Gedächtnis nicht sehr im Stich läßt, werden wir in dem Herrn einen der Mitbegründer des Vaterländischen Vereins wiederfinden. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die nächsten Tage noch manche sensationelle Einzelheit bekannt werden lassen.

Thorn-Ruhm-Orlesen

Vor dem Thornener Kriegsgericht mußte sich der Musketier Eduard Köpfe vom Infanterieregiment Nr. 178 wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen verantworten. Köpfe hatte eine Prostituierte, mit der er, trotzdem er verheiratet ist, ein Verhältnis unterhielt, einmal mit einem Stein, das anderwärts mit einem Hauschlüssel schwer gemißhandelt. Das Urteil lautete auf 25 Mark Geldstrafe oder fünf Tage Gefängnis. — Wegen Diebstahls einer Zigarre, einiger Zigaretten und einer Troddel wurde der Musketier Karl Hettlerfeldt vom Infanterieregiment Nr. 61 zu 14 Tagen strengem Arrest verurteilt.

Durch falsches Abspringen von der Straßenbahn kam in Thorn der 35jährige Theophil Strzelecki zu Fall und zog sich eine so schwere Kopfverletzung zu, daß er bestimmungslos liegen blieb. Er wurde von anderen Fahrgästen zu einem Arzt gebracht und von dort mit dem Krankenwagen in seine Wohnung geschafft.

Tödlicher Unfall. Der Landwirt Beste aus Neuzedlitz stürzte bei einem Zusammenstoß seines Wagens mit einem andern Gefährt so unglücklich zur Erde, daß er sich schwere Verletzungen zuzog, an deren Folgen er bald darauf starb.

Arbeiterchaft und Kultur

Einem in Heft 5 der Dokumente des Fortschritts (Verlag Georg Reimer, Berlin W. 10. Jährlich 11 Hefte für 10 Mark, Einzelheft 1 Mark) erschienenen Artikel des Genossen Engelbert Fernerstorfer-Wien entnehmen wir das Nachstehende:

Die Frage der Volksschule ist nicht gleichbedeutend mit der Frage der Volksbildung. Die allgemeine Volksschule ist eine Sache der neuen Zeit und sie vermittelt auch heute noch nicht oder doch nur in größeren Orten wirkliche Bildung. Sie gibt im wesentlichen nur Bildungsmittel. Sie lehrt lesen, schreiben, rechnen, darüber hinaus aber ist die Summe des Wissens, das sie vermittelt, um so geringer, je kleiner und je entfernter die Orte von den größeren Verkehrsmittelpunkten sind. Außerdem steht sie noch überall im Banne konserverhafter Mächte, und sie richtet ihre Aufgabe auf die Einprägung überlieferungs-mäßiger Werte. Die elementaren Kenntnisse des Lesens, Schreibens und Rechnens sind aber nur notwendige Vorbedingungen auf dem Wege zur Bildung, die ohne ein gewisses Maß von positivem Wissen nicht zu erreichen ist.

Wenn die Frage der Volksschule eine Sache der neuen Zeit ist, so ist die der Volksbildung eine Sache der neuesten Zeit. Erst im letzten Menschenalter ist sie lebendig geworden und beschäftigte nun allerdings die Öffentlichkeit der Kulturländer in steigendem Maße. Man kann ruhig sagen, daß es die industrielle Arbeiterchaft war, die die Volksbildungsfrage in Fluß gebracht hat und die von Tag zu Tage dieser Frage eine immer höhere Bedeutung verleiht.

Es muß mit Nachdruck darauf verwiesen werden, daß es eine für die Ausbreitung der Kultur hochbedeutsame Erscheinung ist, daß überall mit dem Augenblick, da die Arbeiterchaft sich zu organisieren beginnt, sofort die Bildungsfrage in den Vordergrund tritt. Am deutlichsten ist diese Erscheinung zu beobachten in Deutschland und in Oesterreich.

Als Oesterreicher, der die Zeit des Erwachens der Arbeiterchaft selbst als Jüngling miterlebt hat, kann ich von diesen Dingen als Augen- und Ohrenzeuge, ja als Mitbeteiligter sprechen.

Kaum erhielt Oesterreich 1867 eine Verfassung, so meldete sich auch schon die Arbeiterchaft. Sie wollte sich politisch betätigen. Aber die Behörden suchten diese Bestrebungen zu hindern. Konnte man gleich öffentliche Versammlungen der Arbeiter nicht verbieten, so machte es doch der Wortlaut des Vereinsgesetzes möglich, die Bildung von politischen Arbeitervereinen hintanzuhalten. Nun gründeten die Arbeiter Arbeiterbildungsvereine. Auch wenn den Arbeitern die Bildung politischer Vereine gestattet worden wäre, hätten sich zweifelsohne die reinen Ausbildungsvereine durchgesetzt. Denn die Arbeiter fühlten sofort die Notwendigkeit solcher Vereine. Vor allem war der Stand des Volksschulwesens in jenen Jahren noch niedriger als heute. Unter den Arbeitern gab es eine große Zahl von Analphabeten. Es war aber gerade unter den Arbeitern der Wunsch zu lesen sehr groß. Auch darf nicht außer acht gelassen werden, daß sich unter den Arbeitern viele Slawen befanden, die deutsch nicht lesen konnten. Nun war die Arbeiterpresse, so klein und kümmerlich sie war, nur deutsch, besonders in Wien, und die slawischen Arbeiter wollten sie lesen. Sie verlangten nach der Kenntnis der deutschen Sprache. Der Wiener Arbeiterbildungsverein hatte in jedem Stadtbezirk Filialen, sogenannte Lesezimmer. Hier wurde vor allem Elementarunterricht gegeben. Ich selbst habe im Winter 1869 auf 70 im Lesezimmer des 9. Bezirks einen solchen Leses- und Schreibkursus abgehalten. Die damit verbrachten Abendstunden gehören zu meinen schönsten Erinnerungen. Unmittelbar von der Werkstätte kamen die Arbeiter häufig in das Lesezimmer und lernten wie kleine Kinder die Anfangsgründe des Lesens und Schreibens. Darunter waren Männer mit grauen Haaren. Aber dann gab es auch Abende mit einem Vortrag, der bei der Behandlung eines naturwissenschaftlichen, geschichtlichen oder literarischen Gegenstandes Gelegenheit genug bot, den Arbeitern auch politische Belehrung beizubringen. Was in Wien geschah, wiederholte sich in den Provinzen in kleinerem Maßstabe, aber ganz nach demselben Muster.

Inständig erkannte die fast rechtlose Arbeiterchaft die Notwendigkeit der Bildung als eines Mittels zur politischen und sozialen Befreiung an. Dahin gelangt, konnte es nicht fehlen, daß der Eigenwert des Wissens und der Bildung immer mehr erspürt wurde. Die von den Arbeiterbildungsvereinen gegründeten Bibliotheken wurden aus fleißigste benutzt, die Kenntnisse wuchsen, die Einsicht in die Entwicklung der Geschichte und der Wirtschaft verbreitete sich, es kam in die von einem edlen, aber mehr allgemein-politischen Drang getriebenen Masse eine theoretische Bildung, und als nach 17jährigen Irrungen und Wirrungen die österreichische Partei sich wieder machtwortlich zusammenfand, da gab es schon einen Stab geschulter Männer, die in politischen und gemerkschaftlichen Fragen über ein hohes Maß von theoretischer Einsicht und praktischer Betätigung verfügten.

Der theoretische Entwicklungsgang ist aber typisch für die Arbeiterbewegung fast jedes Landes.

Mit der wachsenden Stärke der wirtschaftlichen Organisationskräfte konnte es den Arbeitern überall gelingen, wenigstens zeitweise und für einzelne Schichten bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Diese konnten die Befreiung, die in der Masse lebte, die Sehnsucht nach dem Anteil an den geistigen Gütern der Kultur wenigstens zu einem kleinen Teile erfüllen. Das war eine Folge dessen, daß die Arbeiterbewegung sozialistisch wurde. Wäre sie eine bloß auf die Erreichung besserer materieller Lebensbedingungen innerhalb der heutigen Produktionsweise und Gesellschaftsordnung gerichtete Bewegung, so würden niemals jene idealen Kulturbestrebungen entstanden sein, die ein so hervorragendes Merkmal der heutigen Arbeiterbewegung sind. Ohne die Notwendigkeiten des täglichen Kampfes zu unterschätzen oder erringbare Vorteile innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung gering zu achten, weiß nun der sozialistische Arbeiter, daß er und seine Klasse ein weltgeschichtliches Ziel anstreben, das die gesamte Kulturwelt auf neue Grundlagen stellen wird. Er geht jeden Schritt auf dem Wege mit Bewußtsein, aber nur, weil er ohne diese Bewegung Schritt für Schritt sein Ziel nicht erreichen kann. Bewegung und Ziel sind für ihn eins geworden.

Als Träger der Erneuerung der Menschheit konnten für den sozialistischen Arbeiter das allgemeine Wahlrecht und der Achtstundentag nicht mehr das alles erfüllende Um und Auf seiner Gedankenwelt sein. Seine Interessen wurden mannigfaltig, ja allumfassend. Seine Klassenlage zeigte ihm, daß er nicht bloß von den materiellen Gütern dieser Erde ausgeschlossen sei. Er ahnte zuerst und erkannte immer mehr, daß es eine Welt der Güter gäbe, deren Genuß erst den wahren Menschen ausmacht und dieser Güter sah er sich fast ganz beraubt. Zugleich sah er aber auch, daß diese Güter bei den herrschenden Klassen in schlechter Hut sind. Diese ganze Welt der geistigen Güter, der höchsten menschlichen Kultur, gilt es zu erobern. Der Arbeiter weiß: von menschlicher Kunst und Wissenschaft in vollem Umfange ist die weitaus größte Mehrheit der Menschen so lange ausgeschlossen, so lange die Herrschaft der Klassen fortbesteht. Er will aber nicht warten, bis der Sozialismus siegt. Er will heute schon einen wenn auch noch so bescheidenen Anteil an diesen Gütern haben.

Und so zeigt sich die sonderbare Tatsache, die den Begnern des Sozialismus zu denken geben sollte, daß die ärmste Klasse der Menschheit mit leidenschaftlichem Drange nach Wissenschaft und Kunst strebt. Überall, wo es organisierte Arbeiterchaft gibt, finden wir dieses Streben. Überall, wo zu erschwinglichen Preisen wissenschaftlicher Unterricht erteilt oder künstlerische Darbietung geboten wird, ist der Arbeiter zu finden. Freilich können diese Dränge nur befriedigt werden an größeren Mittelpunkten. Aber von hier aus kann doch noch eine nicht unbedeutende Umgebung befriedigt werden.

Ich will noch ein Wort vom Theater sprechen. Berlin ist vorangegangen, auch Wien hat seine „freie Volksbühne“. Was ist das Theater der modernen „Gesellschaft“ geworden? Jeder Kunstfreudige beklagt es bitter, daß das heutige Theater längst nicht mehr eine Kunststätte sei. Ein niedriger Geschmack und Sensationsgier beherrschen das bürgerliche Theater. Die „freien Volksbühnen“ führen die ernstesten und tiefsten dramatischen Kunstwerke, so weit sie das mit ihren Mitteln vermögen, vor Arbeitern auf, und diese bilden das andächtigste Publikum. Ja, so manches wirkliche neue dramatische Talent hätte nie das Licht der Bühne erblickt, wenn es nicht von den Volksbühnenleitungen der Öffentlichkeit vorgeführt worden wäre.

Man kann schlechtweg sagen, daß jede moderne Kulturbewegung ihren Widerhall findet in der Arbeiterchaft. Als Anhängerin des Sozialismus tritt sie, nicht allein mit Worten, sondern schon mit dem Gewicht ihres Verstandes, für den Weltfrieden ein. Sie kämpft überall für die friedliche Verständigung der Nationen, sie erst hat den Kampf gegen den Alkohol auf eine breite Basis gestellt. So stellt sich die Arbeiterchaft heute als einer der wirksamsten Kulturfaktoren dar. Würde man im Gedanken den Bestand und die Wirksamkeit der sozialistischen Arbeiterchaft aus dem heutigen Weltbilde ausschalten, so würden wir sofort erkennen, um wie viel die Kulturkraft unserer Zeit geschwächt ersägne. Auch diejenigen, die Gegner des Sozialismus, aber Anhänger einer fortschreitenden Kulturentwicklung sind, müssen erkennen, daß diese nur gewährleistet werden kann durch die unerschöpfliche Mitarbeit der Arbeiterchaft. Sie ist jene Klasse, die unbeschwert von dem Ballast unnützer Ueberlieferungen alles überkommene wirkliche Kulturgut der Menschheit der Zukunft übermitteln, diese aber in den Stand setzen will, die menschheitlichen Entwicklungsmöglichkeiten sich in absehbarer Weise entfalten zu lassen.

Gegenüber der müden Skepsis der Herrschenden, die sich höchstens noch zu äußerlichen Chauvinismen als den Gipfelpunkt ihres Idealismus zu erheben vermögen, trägt die Arbeiterchaft in sich ein heiliges Feuer der Begeisterung für die Menschheit und ihre Zukunft. Sie ist getragen von einem edlen Schwung der Seele. Sie weiß und sie glaubt. Wenn Carlisle recht hat mit dem Ausspruch, daß nur gläubige Zeiten Großes leisten, dann weisen wir mit Stolz auf den Sozialismus und auf die Arbeiterchaft.

Die Tiere der Vorwelt in den Drachensagen und Lindwurmfabeln

Von Professor Dr. Othenio Abel

Die Vorstellung von gefährlichen, mit übernatürlichen Kräften ausgestatteten Drachen ist uralte; ihre Entstehung reicht wahrscheinlich in sehr alte Zeiten der Kultur zurück. Der reale Kern dieser alten Sage ist heute kaum mehr zu ermitteln; sicher ist aber eine verschiedene Herkunft der Drachensage und der Wurmfrage.

Uns kann diese Frage hier nur so weit interessieren, als die Drachen- und Lindwurmfabeln durch Fossilfunde beeinflusst erscheinen und das Bild dieser Fabelwesen durch Funde vor-

*) Wir entnehmen diese Ausführungen dem vor kurzem erschienenen 399. Bändchen der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt: Die Tiere der Vorwelt“ von Professor Dr. Othenio Abel. (Preis geb. Mark 1.—, in Leinwand geb. Mark 1.25. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin), das aus der Feder des bekannten Paläontologen eine allgemeinverständlich knappe, zuverlässige Uebersicht über den Werdegang der Paläontologie, Art, Umfang und Entwicklung ihres Quellmaterials und die Bedeutung der vorzeitlichen Tiere in Sage und Fabel gibt.

Sanzig-Land

Der Druckfehlerkussel hat in dem Bericht über die Odraer Gemeindevorstellung aus dem früheren Gemeindevertreter Czerminski einen früheren Gemeindevorsteher gemacht. Soweit hat es Herr Czerminski in seinem Leben nicht gebracht und darum versehen wir ihn hiermit in seinen wirklichen Stand zurück.

Aus der Odraer Parteibewegung. Am Dienstag abend hält der sozialdemokratische Verein seine Mitgliederversammlung ab. Der Genosse Brill wird über Klassenjustiz referieren. Nicht alle Mitglieder ist es diese Versammlung zu besuchen.

In Wehlfinken blieb sich der Sommer Blum bei der Arbeit mit der Art ins Bein. Blum trug eine schwere Wunde am Oberarmel davon.

Die Seebäder in Ostia sind wieder eröffnet.

Hirsche werden seit einiger Zeit in den Wäldern bei Prangenanu bemerkt. Man nimmt an, daß die Tiere aus den pommerischen Wäldern kommen. Denn Hirsche gab es hier bisher nicht. Der Wald eignet sich sehr gut für Hochwild und da man die Tiere schon, haben sie hoffentlich dauernd eine Stätte der Prangenanu Wälder.

Stahm-Marienwerder

Durch eine Brandkatastrophe verloren in Gr. Waplik acht Arbeiterfamilien Hab und Gut. Auf der Grafschaft wurden zwei Anstaltler und ein Stall eingediehrt. Dabei verbrannten den Leuten sämtliche Sachen. Der Arbeiter Maruß erzielte außerdem in den Kassen 200 Mark gepartes Geld.

Rosenberg-Löbau

Hagelschlag hat die Felder in der Umgebung von Rosenberg arg beschädigt.

Graudenz-Strasburg

Erkrankt ist in Graudenz ein fünf Jahre alter Knabe aus der Mühlentorstraße. Der Junge gibt an dem schmerzhaften Uter der Leinwand aus und hat ins Wasser.

zeitlicher Wirbeltiere ein bestimmtes Gepräge erhalten hat. So fällt denn auch die Lappelform aus dem Kreis dieser Erörterungen, da es sich hier wohl um eine sagenhafte Ausschmückung eines heute noch lebenden Tieres, Pseudops Passia handelt, der nachweisbar in unseren Alpen noch in historischer Zeit lebte.

Prüfen wir einmal einzelne Lindwurmsagen nach. In Klagenfurt steht auf dem Stadtplatz ein gewaltiges Lindwurmendenmal; es knüpft an die Sage von der Tötung eines Lindwurms an. Dieser Klagenfurter Lindwurm ist, wie Caesar von Leonhard berichtet, im Jolfselbe an einer Stelle gefunden worden, die noch heute „die Drachengrube“ heißt. Der Schädel des Lindwurms wurde nach Klagenfurt gebracht und dort im Rathaus an Ketten aufgehängt; er diente nachweisbar dem Künstler zum Vorbilde, der im Jahre 1590 das Lindwurmendenmal auf dem Klagenfurter Stadtplatz fertigte; dieser „Lindwurm“ ist aber nichts anderes als ein vorzeitliches Nashorn gewesen.

Die Drachensage hat ebenso wie die Lindwurmsage durch Funde fossiler Schädel wiederholt neue Nahrung erhalten. Aus dem Funde eines Höhlenbärenschädel in einer Kalksteinhöhle konnte leicht durch die Grahmannsücht und Hebertreibung des Finders ein Kampf mit dem lebenden Unhold werden; die Weitererzählung steigerte die Schrecken des Drachens und die Gefahren der Bekämpfung in seiner Höhle; von der Raubluft des Ungetüms legten ja die zahlreichen Knochen der Bärenhöhle genügendes Zeugnis ab.

Die deutsche Drachensage hat ganz unverkennbar süd-deutschen Einschlag. Dies hängt sicher damit zusammen, daß in Süddeutschland reiche Fundstätten für fossile Saurier liegen, die ganz sicher schon im frühen Mittelalter beim Brechen der Bausteine für Burgen, Kirchen und Schlösser ganz ebenso gefunden werden mußten wie sie noch heute gefunden werden. „Am Fuße des Hohenstaufens“, schreibt D. Fraas 1866, „werden im dortigen Lias alljährlich Dutzende von Saurier aufgefunden, bei Gelegenheit des Ausbrechens von Steinplatten. Uralt ist diese Plattenindustrie. Trümmer auf der Hohenstaufenburg zeigen, daß schon bei Gründung der Wege des alten Kaisergeschlechts dort Platten gewonnen wurden. Die Saurier konnten damals so wenig als heute die Aufmerksamkeit der Arbeiter entgegen, der Gedanke an unterirdische Tiere lag nahe. So macht Quenstedt auf die Ähnlichkeit aufmerksam zwischen dem Drachenbild an der alten Stadtkirche zu Tübingen und den Nesten des schwäbischen Lindwurms, der an den Ufern des Neckars im obersten Keuper vielfach sich findet. Wir dürfen daher wohl auch keinen Augenblick Anstand nehmen, wenigstens den Ursprung einzelner Drachensagen auf den zufälligen Fund von fossilen Sauriern zurückzuführen.“

Die Chinesen bezogen seit alter Zeit die Knochen u. d. Zähne fossiler Säugetiere als Drachenknochen und Drachenzähne.

Die Lung-fu (Drachenknochen) und Lung-ischih (Drachenzähne) kommen in China in ungeheuren Mengen vor; sie stammen größtenteils aus dem Innern Chinas, wo sie entweder in Höhlen oder geschichteten Ablagerungen in außerordentlicher Zahl gefunden werden. Die Chinesen sammeln diese Knochenreste sorgfältig, da sie einen sehr begehrten Handelsartikel bilden; die Knochen und Zähne des Drachens spielen in der Sittenkunde der Chinesen noch heute eine so bedeutende Rolle, daß sie im Laufe eines Jahres, wie ein Jahresbericht der kaiserlichen chinesischen Zollbehörden vom Jahre 1885 zeigt, an allen Hafenplätzen Chinas in einer Menge von 350 Piccul oder 20 Tonnen verfrachtet wurden!

Nach der Vorstellung der Chinesen sind die Lung-fu und Lung-ischih die Reste der Drachen, die insofern Maragets an Wolken und Regen nicht mehr imstande waren, sich in den Himmel emporzuschwingen. Ein großes medizinisches Werk aus der Zeit des Kaisers Chuen-hung (1736—1796), das noch heute in China unbestrittenes Ansehen genießt, bringt ausführliche Angaben über die Heilkraft und medizinische Verwendung der Drachenknochen. Sie werden noch heute vom chinesischen Volke als Heilmittel gegen die verschiedensten Krankheiten verwendet; als besonders wirksam gelten sie bei Herz-, Nieren-, Darm- und Leberleiden, doch werden sie auch als Heilmittel gegen Epilepsie, Verstopfung, böse Träume, Fieber, Ruhr, Schwindsucht und Hämorrhoiden verwendet. Auch gegen den Weistanz der Kinder sollen sie von guter Wirkung sein.

Ebenso stark wie an der Vorstellung von der Heilkraft der „Drachenknochen“ haften die Chinesen an ihren alten Ueberlieferungen über das Mammuth.

Im asiatischen Rußland und in China, wo Tausende von Mammuthknochen im Erdboden begraben liegen, kennt man diese riesenhaften Elefanten der Vorzeit schon seit alten Zeiten.

Die Asiaten haben sich über dieses Tier, dessen Reste sie wohl im Erdboden finden, das sie aber nie lebend gesehen haben, folgende merkwürdige Vorstellung gebildet:

Der Tin-schu oder Fin-schu der Chinesen lebt wie der Maulwurf in der Erde und stirbt, wenn er das Tageslicht erblickt. Die Einwohner Sibiriens nennen diesen großen „Maulwurf“ Mammont, oder Mammuth; die Stoßzähne werden Mammontavakot, von den Chinesen Tin-schu-ya genannt. Die ersten Nachrichten über den Tin-schu gehen auf das fünfte Jahrhundert v. Chr. zurück; zu dieser Zeit waren also die Chinesen weiter als die alten Griechen, welche in den Resten der großen fossilen Säugetiere die Gebeine von Rhyllonen und Giganten erblickten, während die Chinesen die Mammuthreste richtig als Reste vierfüßiger Tiere erkannt hatten.

Klaproth teilt der Petersburger Akademie der Wissenschaften einen Auszug aus der großen chinesischen Naturgeschichte, dem Bun-joo-gann-mu (aus dem 16. Jahrhundert), mit, dem ich folgendes entnehme:

„Der Tin-schu hält sich nur in dunkeln und einsamen Stellen auf. Er stirbt, sowie die Strahlen der Sonne oder des Mondes ihn beschienen; seine Füße sind im Verhältnis zu seiner Körpergröße kurz, weshalb er nur mühselig zu gehen vermag. Sein Schwanz ist eine chinesische Elle lang. Seine Augen sind klein. Sein Hals gekrümmt. Er ist außerordentlich stumpfsinnig und träge. Bei einer Ueberflutung im Gebiete des Lan-schuann-tuyim Jahre 1571 erschien er in

Menge auf den Ebenen; er nährt sich von den Wurzeln der Pflanze Tu-tia.“ (Xus C. O. Cuvier.)

In anderen Stellen heißt es, daß der Tin-schu beim Ausgraben seiner Höhlen die Erde erschüttere.

Wir lächeln unwillkürlich zu der Vorstellung der Chinesen, daß das Mammuth ein noch heute lebendes, unterirdisches Tier wie der Maulwurf sei. Und doch zeigt dieser Fehlschluß immerhin das Bemühen, aus den Tatsachen sich ein Bild von dem Tiere und seiner Lebensweise zu entwerfen. Zu genau derselben Anschauung, zu demselben Fehlschluß wie die Chinesen sind auch die Bewohner der südamerikanischen Pampas gekommen. Als Darwin am 1. Oktober 1833 den Rio tercio besuchte, fragte ihn die Leute, daß sie sich schon lange Gedanken über die Lebensweise der großen Säugetiere in den Pampas gemacht hätten und zu dem Schluß gekommen seien, daß sie wie die Biscacha unterirdisch lebende, grabende Tiere gewesen seien. Gewiß ein merkwürdiger Fall von parallel entstandenen Fehlschlüssen in zwei entfernten Gebieten bei kulturell ganz verschiedenen Völkern!

Auch die Vorstellung von den Heilkräften, die gewissen Versteinerungen innewohnen, ist nicht auf die Chinesen beschränkt; sie ist auch heute noch da und dort sogar im deutschen Volke anzutreffen. So werden im deutschen Jura bei Bohlheim in Bayern die Stielglieder der fossilen Seeliliengattung Millericrinus eifrig gesammelt und als Amulette gegen Leibes-schaden in der ganzen Gegend getragen.

Von den „Wirbelsteinen“ und ihrer vermeintlichen Zauberkraft dieser Schneckenkalk der Gosauformation gegen die Drehkrankheit des Viehs war schon früher die Rede. Diese wenigen Beispiele mögen zeigen, daß noch heute, im sogenannten aufgeklärten Zeitalter, da und dort bei den verschiedensten Völkern noch Vorstellungen über die fossilen Tiere wurzeln, die in früheren Zeiten freilich weit verbreitet waren und sogar von den Gelehrten der damaligen Zeit ernsthaft diskutiert wurden. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Vorstellungen von Riesen, Einhörnern und Drachen, die wir heute belächeln, durch lange Zeiten von den Gelehrten als „wissenschaftliche Tatsachen“ betrachtet worden sind.

Gewerkschaftliches

— Zum Streik in den Rheinlandwerken in Monheim. Mit der Verhaftung der ganzen Streikleitung und der 30 Streikenden läßt sich die Monheimer Polizeibehörde nicht begnügen. Nachdem sie die Verhafteten freigelassen hat, versucht sie jetzt andere Gewaltmaßnahmen. Am vergangenen Sonntag erschienen morgens in aller Frühe zwei Gendarmen in der Wohnung zweier Streikenden und forderten kategorisch die Herausgabe ihrer Mitgliedsbücher des Bauarbeiterverbandes, da sie beide zur Mitgliedschaft noch zu jung seien. Beide sind übrigens über 18 Jahre alt. Alle Einwendungen der Streikenden nützen nichts, die Mitgliedsbücher wurden von den Beamten mitgenommen und den Eltern der beiden erklärt, daß die Person, die die Aufnahme bewerkstelligt habe, bestraft würde. Ein anderer Streikender, ein Holländer, wurde aufgefordert, sich die „Feldarbeiterkarte“ zu besorgen, andernfalls er ausgewiesen werden müsse, denn — so sagte wörtlich der Gendarm — Ausländer dürfen nicht streiken. Die von dem Arbeiter beantragte Ausfertigung dieser Legitimationkarte wurde dann aber von der Behörde verweigert und dem Arbeiter wurden zudem noch sämtliche Papiere beschlagnahmt. Dabei hat der bestreikte Unternehmer 31 Holländer als Streikbrecher kommen lassen, ohne daß von diesen bisher eine Ausländerkarte verlangt wurde. Nachdem übrigens die holländischen Arbeiter Kenntnis davon erhielten, daß sie als Streikbrecher benutzt werden sollten, schlossen sie sich bis auf einen dem Streik an. Ob sie jetzt eine „Landarbeiterkarte“ sich beschaffen müssen?

Am 15. Juni werden sich drei Streikende vor dem Opladener Schöffengericht wegen Beleidigung eines Arbeitswilligen zu verantworten haben.

Der Streik geht weiter. Zugung ist fernzuhalten.

— Unternehmer-Terror. Die Firma Friß Schulz, Möbelfabrik in Glogau a. D. zwang sechs Tapezierergehilfen durch Androhung der sofortigen Entlassung, ihren Austritt aus dem Tapeziererverbande zu erklären. Der Tapeziererverband hat erst vor einigen Monaten dort eine Filiale errichtet, die den Unternehmern höchst unbequem ist. Durch den terroristischen Gewaltstreik soll der jungen Organisation der Lebensnerven durchschnitten werden. Dieses Ziel dürften die Glogauer Unternehmer nicht erreichen, wenn die Tapezierer Glogau meiden. Gegen den Unternehmer-Terror gibt es natürlich keinen Paragraphen 153 der Gewerbeordnung — und auch keinen Staatsanwalt.

— Die Krise in der Stickerindustrie. Der Textilarbeiterverband hat im Gau Blauen eine Zählung der nichtbeschäftigten Stickermaschinen vorgenommen. Die Zählung erfolgte am 13. Mai und erstreckte sich auf die Filialen Blauen, Falkenstein und Delsnig i. B. Durch die Zählung wurden 75 Prozent aller Maschinen erfasst und zwar 6964 Pantographmaschinen und 436 Automaten. Sie verteilen sich auf die drei Filialen wie folgt:

	gezählte Maschinen	davon standen still:
Blauen	3523 Pantogr.	1908 oder 54,0 %
Blauen	347 Autom.	172 „ 49,5 %
Falkenstein	2657 Pantogr.	1427 „ 53,3 %
Falkenstein	73 Autom.	20 „ 27,4 %
Delsnig i. B.	781 Pantogr.	385 „ 49,2 %
Delsnig i. B.	16 Autom.	8 „ 50,0 %

Von 6964 Pantographmaschinen standen 3720 oder 53,4 Prozent still, von 436 Automaten 200 oder 45 Prozent. Bei einer Zählung am 10. Juni 1913 standen von 5552 Maschinen 2135 oder 38,45 Prozent still. Die Krise in der Stickerindustrie, die bereits seit 1½ Jahren anhält, hat sich also bedeutend verschärft. Da mit 9760 Maschinen zu rechnen ist und jede Maschine von zwei Personen, vielfach sogar von drei Personen bedient wird, so wären etwa 19524 Personen weniger beschäftigt als in der Zeit regulären Geschäftsganges.

Aus diesen Zahlen offenbart sich die bedenkliche Lage in der Stickerindustrie. Not und Elend ist über Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen hereingebrochen. Urdenkliche Aussichten auf Besserung sind bisher nicht vorhanden.

— Scharfmacherlogik. Staatsanwälte und Polizeibehörden wird Konkurrenz gemacht in der scharfsinnigen Auslegung, wie die freien Gewerkschaften zu politischen Vereinen gestempelt werden könnten. Die Scharfmacher üben sich in dieser juristischen Auslegung, bei der natürlich munter untergelegt wird, was auszutragen nicht möglich ist. Der „Arbeitsgeber“, Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände steuert in seiner neuesten Nummer (1. Juni) seinen Beitrag zur Politischerklärung der Gewerkschaften. Mit Bezug auf die Erklärung des Staatssekretärs Delbrück zu der bekannten Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten, daß Gewerkschaften im allgemeinen, soweit sie sich ausschließlich der Förderung der wirtschaftlichen Interessen der in ihnen zusammengefügten Berufsangehörigen widmen, nicht als politische Vereine zu betrachten seien, sondern nur, wenn sie auf die Verfassung, auf die staatlichen Verhältnisse einzuwirken versuchen, demerkt der Arbeitgeber:

... „daß es überhaupt keine Gewerkschaft gibt, die sich ausschließlich mit der Förderung wirtschaftlicher Interessen beschäftigt, sondern die Gewerkschaften sind alle zum Zweck des Kampfes gegen das Unternehmertum ins Leben gerufen worden. Der Zweck des Kampfes der gewerkschaftlichen Sozialdemokratie (sic!) ist aber die Niederwerfung der Arbeitgeber-schaft und weiterhin der Umsturz der heutigen Staatsordnung. (Schrecklich, diese Ziele der Gewerkschaften!) Solange die Sozialdemokratie eine politische Partei ist, werden die Gewerkschaften auch politische Vereine sein, denn die Gewerkschaftsbewegung ist ein Teil der sozialdemokratischen Bewegung. Der Teil trägt den Charakter des Ganzen. Erfreulicherweise ist auch nach der Ansicht des Staatssekretärs als durch einwandfreie Zeugen für erwiesen erachtet, daß bei Gewerkschaftsver-sammlungen immer wieder am Schluß die Mitglieder aufgefordert werden, den politischen Organisationen der Sozialdemokratie beizutreten, da Sozialdemokratie und Gewerkschaft eins seien. Würde von der Sozialdemokratie nicht dahin gearbeitet, die freien Gewerkschaften auch zur politischen Betätigung heranzuziehen, so würde man auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht als politische Vereine im Sinne des Reichsvereins-Gesetzes ansehen können.“

Wie doch die Herren Scharfmacher im Glashaufe sitzen und mit Steinen werfen! Glauben sie wirklich, der Welt vorreden zu können, daß sie sich ausschließlich mit wirtschaftlichen Fragen in ihren Verbänden beschäftigen? Ihre Vereinigungen müßten bei einer gleichen Anwendung der Gesetze schon längst als politische Vereine erklärt werden, was zu allem Ueberfluß trotz der jetzt schon massenhaften Beispiele demnächst noch ein wenig näher dargelegt werden soll.

Aus der Partei

— Bebel-Porträt. Die Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs hat eines der beiden Gemälde, die der Maler Georg Tronnier in Hannover von unserem Genossen August Bebel zu dessen Lebenszeiten geschaffen hat, erworben. Das ältere Gemälde wurde von der Buchhandlung Vorwärts angekauft und in vierfarbigen Reproduktionen verbreitet; das von der Hamburger Organisation erprobene Porträt ist nun von unserer Hamburger Partei-druckerei Auer u. Co. (Hamburg 36, Fehlandstraße 11) ebenfalls vervielfältigt worden. Die sehr gelungenen Reproduktionen im Vierfarbendruck kosten pro Exemplar 1 Mark. Den Parteiorganisationen werden diese Bebelbilder zum Vorzugspreise von 70 Pfennig pro Exemplar bei Partiestellung abgegeben. Bestellungen sind an W. Wiesner, Hamburg 36, Große Theaterstraße 44, zu richten.

Soziales

— Gegen Einengung des Frauenschuhes. Durch die Gewerbeordnungsnovelle vom 9. Dezember 1908 ist für die Zeit vom 1. April 1912 ab bestimmt: „Arbeiterinnen dürfen nicht in Kollerien und nicht zum Transport von Materialen bei Bauten aller Art verwendet werden“ (§ 137 Abs. 7). Diese Schuhvorschrift legte die Strafkammer des Landgerichts Breslau ohne Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte und dem klaren Wortlaut des gesetzlichen Verbots dahin aus, Frauen dürften zu leichteren, der Individualität der einzelnen Arbeiterin angepaßten Arbeit bei Bauten verwendet werden. Es erachtete das Heraus-schaufeln von Sand und Kies, mit denen Frauen bei Eisenbahnerarbeiten beschäftigt wurden, für eine besonders leichte und daher erlaubte Beschäftigung und sprach den Tiefbauunternehmer Witt und den Schachtmeister Plynd von der Umlage des Bergehens gegen § 137 Abs. 7 der Gewerbeordnung frei. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das unverständliche Urteil Revision ein. Der Reichsanwalt beantragte Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an die erste Instanz. Das Reichsgericht entsprach am Mittwoch diesem Antrage.

— Eine Konferenz für Arbeiterernährung wird im Herbst in Charlottenburg in der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt stattfinden. Im Anschluß an den einführenden Vortrag eines Physiologen über die Grundtatsachen der Arbeiterernährung, wie sie ist und wie sie sein sollte, werden die wirtschaftlichen, technischen und organisatorischen Fragen der bestehenden Massenbezüge von Lebensmitteln, der Massenfütterung und Kantinen usw. behandelt und zur Erörterung gestellt werden.

Man erwartet eine rege Teilnahme aus allen Kreisen der Arbeiterschaft, der öffentlichen Verwaltungen, der Konsumvereine, der Volkspfeisellen usw.

— Mord und Totschlag. In Preußen büßten im Jahre 1912 insgesamt 787 Menschen (darunter 269 weibliche Personen) ihr Leben durch Mord oder Totschlag ein; außerdem wurden 17 „Stenbilder Gottes“ hingerichtet. Interessant dabei ist, daß auf den Sündenpfuhl Berlin, der zweifellos die

herrscht Arbeitermangel. Trotzdem hat die Auswanderung nicht aufgehört. Die Unwohnlichkeit und Rückständigkeit Deutschlands veranlaßt viele der Heimat Abzu sagen. Nach Ansicht der Kolonialschwärmer sollen eigene Kolonien den deutschen Handel beleben. Deutschland kam aber einige hundert Jahre zu spät. Das beste Land war den Eingeborenen bereits fortgenommen. England, Holland, Spanien, Portugal hatten schon die fruchtbarsten Länder unter sich verteilt. Zum Teil hatten die Kolonien die Herrschaft ihrer Mutterländer abgeköpft. Aber die Großkapitalisten erklärten, ohne Kolonien kann Deutschland seine Großmachtstellung nicht behaupten. Damit wollten die Herren die soziale Frage lösen! Im Jahre 1884 „kaufte“ der Bremer Kaufmann Lüderik von den Hottentotten in Südwesafrika ein großes Gebiet Land für 500 Gewehre und eine Kleinigkeit Bargeld. Wie groß die Geldsumme war, ist nie bekannt geworden. Die deutsche Flagge wurde gehißt und das Land als deutsches Schutzgebiet erklärt. Angre Bequena, Kamerun, Togo wurden auf gleiche Weise deutsche Kolonien. Später wurden die Gebiete der Südpazifik, Neuguinea und der Bismarck-Archipel den Eingeborenen genommen. Das Hinterland der ostafrikanischen Küste, das größer als Deutschland ist ist seit 1885 deutscher Kolonialbesitz. Durch diese Besitzergreifungen der privaten Gesellschaften verloren die Eingeborenen den wertvollsten Teil ihres Eigentums. Unsere „Kulturpioniere“ behaupten allerdings, daß das Land rechtmäßig gekauft sei. Wie „rechtmäßig“ die Käufe zustande kamen, zeigt der „Kauf“ des Togolandes. Es wurden gekauft 50 000 Hektar a 10 Pfennig und 45 000 Hektar a 6 Pfennig! Dabei war das Land gar nicht Privateigentum der Häuptlinge, die es verkauften. Die deutschen Schutzgebiete haben nur wenig anbaufähigen Boden. In den Küstenstrichen herrscht das Sumpfsieber. Das Klima ist tropisch. Steppe und Wüste wechseln miteinander ab. Nach Art der Kleinbauern kann sich kein Ansiedler anbauen. Selbst Dr. Solf ist der Ansicht, daß jeder, der sich in den Kolonien niederlassen will, wenigstens 15—20 000 Mark Betriebskapital haben muß. Wird dadurch das Land besonders gut zur Einwanderung geeignet? Der gesamte deutsche Kolonialbesitz beträgt 2 1/2 Millionen Quadratkilometer. Die Bevölkerung zählte 1910 13 755 000 Farbige und 20 074 Weiße, einschließlich 14 500 Mann Schutztruppe und Polizei. Die Tatsache, daß sich in 26 Jahren nur 6210 Deutsche in Deutsch-Südwestafrika angesiedelt haben, beweist deutlich und klar, daß unsere Kolonien keine Siedlungsländer sind. Der Hauptbestandteil des Warenhandels nach den Kolonien ist Schnaps schlechtester Sorte. Bibel und Schnapsflasche sind die Wahrzeichen der Kulturbringer in den Ländern unserer schwarzen Brüder. Die jetzige Kolonialpolitik führt zur Ausrottung der einheimischen Bevölkerung. Arbeitszwang, Ausbeutung und Rechtslosigkeit sind die Folgen der europäischen Kultur. Die Greuelstaten der Leist, Wehlan, Peters, Arneberg und anderer sind notwendige Ergebnisse der kapitalistischen Kolonialpolitik. Im Jahre 1912—13 wurden 90 Todesurteile und 10 203 Prügelstrafen vollstreckt. Die Enteignung der Dualla-Neger ist ja bekannt. Kein Wunder, wenn sich die Eingeborenen empören und wenn es zu Aufständen kommt, die in Strömen von Blut erstickt werden müssen. Die Kosten tragen die deutschen Steuerzahler. Das ist die heutige kapitalistische Kolonialpolitik, die auf den Raubbau an der Arbeitskraft und dem Eigentum der Eingeborenen begründet ist und die ständig die Gefahr eines Weltkrieges in sich birgt. Wegen einer Sandwüste in Marokko wären beinahe tausende junger Männer auf dem Schlachtfelde verblutet. Eine solche Politik machen wir Sozialdemokraten nicht mit. Daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik kann unter Umständen eine Kulturtat sein. Kämen die Vertreter der Kulturvölker als Befreier, Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, dann wären wir Sozialdemokraten die Ersten, die eine solche Politik unterstützten. Aber im eigenen Vaterland gibt es noch genügend Arbeit. Erst sollen in Deutschland wirkliche Kulturzustände geschaffen werden. Erst wollen wir in Deutschland ein freies Volk auf freier Scholle sehen.

Reicher Beifall folgte den Ausführungen. — In schriftlicher Abstimmung wurden dann die Genossen Fr ü n g e l und die Genossen Leu, Lubner, Dorlowski, Selinski, Marckwald, Klingler als Delegierte zum Westpreussischen Parteitag gewählt. Nachdem eine Aussprache über Votafragen vorgenommen war, hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Wieviel Lehrlinge sind zulässig?

Auf Wunsch vieler Beteiligten veröffentlichen wir in nachstehendem die für Westpreußen bestehenden Bestimmungen über die Zahl der in Handwerksbetrieben festgesetzten Lehrlinge.

Wir knüpfen daran den Wunsch, die Tabelle auszusuchen und aufzubewahren.

Lehrzeit.

Die Lehrzeit darf nicht weniger als drei und nicht mehr als vier Jahre betragen. Ist der Lehrling bei dem Lehrantritt mindestens 16 Jahre alt und vermöge seiner allgemeinen wissenschaftlichen Kenntnisse zum einjährigen freiwilligen Militärdienst berechtigt, so kann die Lehrzeit bis auf zwei Jahre herabgesetzt werden. Ein Gleiches kann in besonderen Einzelfällen durch den Ausschuss für das Lehrlingswesen der Handwerkskammer erfolgen.

Zahl der Lehrlinge.

Die Höchstzahl der für einen Handwerksbetrieb zur gleichzeitigen Ausbildung zulässigen Lehrlinge wird je nach den Betriebsverhältnissen der Lehrstätte, sowie unter Berücksichtigung der Zahl der daselbst durchschnittlich beschäftigten Gesellen oder Gehilfen wie folgt festgesetzt:

1. Hält der Lehrherr eine im Mißverhältnis zu dem Umfange oder der Art seines Handwerksbetriebes stehende Zahl von Lehrlingen dergestalt, daß hierdurch die Ausbildung der Lehrlinge gefährdet erscheint, so wird der Vorstand der Handwerkskammer bei der unteren Verwaltungsbehörde unter Dar-

legung des Tatbestandes beantragen, dem Lehrherrn die Entlassung der überschüssigen Lehrlinge aufzuerlegen und demselben die Annahme von Lehrlingen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu untersagen.

2. Bestimmte Höchstzahlen werden für die Betriebe der nachstehend bezeichneten handwerksmäßigen Gewerbe wie folgt festgesetzt:

Bezeichnung der Gewerbe	Zahl der zulässigen Lehrlinge				im Höchstfalle
	a. b. c. d.				
	bei einem	bei zwei	bei mehr als zwei		
	in dem Betriebe durchschnittlich, d. h. an jährlich mindestens 200 Werttagen beschäftigten Gesellen				
	3				4
I. Baugewerbe.					
1 Dachbederel . . .	1	1	auf je 1 Gesell. 1 Lehr. mehr		8
2 Maurerei . . .	1	1	. . . 3 . . . 1 . . .		20
3 Zimmererei . . .	1	1	. . . 3 . . . 1 . . .		25
4 Steinmetze . . .	2	1	. . . 2 . . . 1 . . .		6
5 Töpfererei . . .	2	1	. . . 2 . . . 1 . . .		6
6 Schmiederei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
7 Steinfeherel . . .	2	1	. . . 3 . . . 1 . . .		8
II. Wagenbau-gewerbe.					
8 Sattlerei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		8
9 Schmiede . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		8
10 Stellmacherel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
III. Bekleidungs-gewerbe.					
11 Schneiderel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
12 Schuhmacherel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
IV. Möbeldgewerbe					
13 Bildhauerel und Bildschnitzerel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
14 Böttcherel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
15 Drechslerel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
16 Bernsteindrehsler . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		10
17 Tischlerei . . .	2	2	. . . 1 . . . 1 . . .		10
V. Metallarbeiter-gewerbe.					
18 Klempnerei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
19 Kupfer- und Zinnblecherei u. Metallgießerei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
20 Schlosserei . . .	3	1	. . . 1 . . . 1 . . .		15
21 Maschinenbauerei . . .	3	1	. . . 1 . . . 1 . . .		15
VI. Befähigungsgewerbe.					
22 Bäckerei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
23 Fleischerel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
24 Konditorei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		3
25 Mäulerei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
VII. Verschiedene Gewerbe.					
26 Barbier- einschl. Friseur-gewerbe . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		5
27 Buchbinderel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		5
28 Buchdruckerel . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		5
29 Malerei . . .	2	1	. . . 1 . . . 1 . . .		6
30 Schiffszimmerel . . .	2	1	. . . 2 . . . 1 . . .		8
31 Uhrmacherel . . .	2	1	. . . 2 . . . 1 . . .		4

3. Sind in einem Betriebe mehrere Gewerbe vereinigt, so kann für jedes derselben die zulässige Zahl von Lehrlingen gehalten werden.

4. Zum Ersatz eines ausstehenden Lehrlings darf ein neuer Lehrling bereits ein halbes Jahr zuvor eingestelt werden.

5. Beenden zwei oder mehrere Lehrlinge ihre Lehre zu gleicher Zeit, so dürfen zum Ersatz des einen oder der Hälfte dieser Lehrlinge schon ein ganzes Jahr zuvor eingestellt werden.

6. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Vorstandes der Handwerkskammer zulässig (gegen dessen Entscheidung die Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde freisteht).

Wir werden uns im Laufe der nächsten Wochen noch weiter mit den Lehrlingsverhältnissen beschäftigen.

Koloniale Freiheiten

werden durch das sonst so gestrenge Polizeipräsidium der zurzeit hier tagenden Deutschen Kolonialgesellschaft eingeräumt. Am 4. Juni nachmittag verließen sich die mehr oder minder hohen Teilnehmer der Zusammenkunft ihre nicht zu zeitraubende Arbeit durch eine Spritzfahrt über See nach Bröfen. Gegen 12 Uhr nachts kamen sie mit dem Dampfer wieder am Grünen Tor an. Mit voller Musik durchfuhr das Schiff die Rottlau, trotz der vorgeriickten Stunde, in der die Polizei gewöhnliche Staatsbürger sonst zu absoluter Geräuschlosigkeit anhängt. Die Polizei war bei diesem dröhnenden musikalischen Nachtgemusch, der durch die bengalische Beleuchtung des Flusses verschönt wurde, ebenfalls anwesend. Mehr als zwanzig Schutzleute sorgten unter mehreren Kommissaren für die Absperrung der Landungsstelle. Aus welchen Gründen das erforderlich war, blieb ungeklärt. Es sind zwar gleich zwei Herzöge aus dem gesegneten Mecklenburg, dem berühmten Lande der Ochsenköpfe, mit von der Partie. Dieser Umstand rechtfertigte die umfangreichen Bemühungen der Polizei jedoch kaum genügend. Noch interessanter gestaltete sich die Szene am 5. Juni. Die Kolonialschwärmer waren an diesem Tage mit dem Dampfer Paul Bencke im Schweiße ihres Angesichts nach Zoppot gefahren. Erst um 1 Uhr nachts kehrten sie wieder zurück. Mit Pauken und Trompeten kündigte sich das Schiff schon aus erheblicher Entfernung an. Dann ging es durch die Rottlau mit einer Wonnegans im Siegeskranz und Ich bin ein Preuße nach dem anderen. Nach der langen Anstrengung der Instrumente gab es schon nicht mehr zu poestevolle Kammermusik. Um so unermüdlicher erfüllten die artilkeristischen Militärmusiker ihre Pflicht. Das Schiff hatte schon längst am Grünen Tor festgemacht; trotz einer Pause mußte gegen 11 Uhr

auch das Aussteigen noch mit einem neuen Musikstück dröhnend begleitet werden. Und wieder war die hohe Polizei die für sorgliche Hüterin dieser geräuschvollen Demonstration und der durch sie gründlich bewirkten Enteignung der Nachtruhe. Dabei hätte Bürgermeister Trömel seine Freude gehabt, von dem der Polizeipräsident trotz des Kolonialkongresses schon für einige harmlose Vorträge einen Wandergewerbeschein forderte. Allein fünf Polizeibeamte in Uniform foraten unter Leitung des Polizeikommissars Flühr nicht für das Wohlbestehen der aus der Nachtruhe geschredten Anwohner, sondern für die — Absperrung der Längten Brücke. Auch die Notwendigkeit dieser Manipulation blieb schleierhaft. Sie führte in der Hauptsache zu den bekannten, nicht zu freundlichen Auseinandersetzungen zwischen Schutzleuten und Passanten.

Es wäre viel nützlicher, wenn die Kolonialinteressenten sich weniger darum bemühen würden, die deutsche Freiheit, die sie meinen, zu den Schwarzen zu tragen. Dafür würden sie sich reiche Verdienste erwerben, wenn sie die Freiheiten, die ihnen hier eingeräumt worden sind, allgemein in Deutschland für jedermann heimisch machen würden.

154 000 Mark für Lohnaufbesserungen der Arbeiter hat der Magistrat bewilligt. Das heißt in Worten, nicht etwa in Danzig. In der Stadt, in der soviel vom „Allgemeinwohl“ geredet wird, sind riesige Geldausgaben für die Zucht edler Pferde, für Sportplätze der bestehenden Jugend usw. selbstverständlich. Für Lohnaufbesserungen der Arbeiter hat man in Danzig kein Geld. Derartige Wünsche werden mit Spott abgetan.

Fabrikbrand. In der Nacht von Freitag zu Sonnabend ist das Fabrikationsgebäude der Dachpappen- und Holzgamentfabrik von Witt u. Co. in Legan niedergebrannt. Das Feuer wülligte in stundenlanger Arbeit das Feuer. Große Mengen Imprägniermasse und roher Dachpappe boten den Flammen reiche Nahrung. Trotzdem gelang es die weitere Ausdehnung des Feuers zu verhindern. Das Fachwerkgebäude ist vollständig ausgebrannt. Der Betrieb soll in kurzer Zeit wieder aufgenommen werden. Ueber die Entstehungursache des Feuers ist bisher nichts bestimmtes bekannt.

Der Stein der Weisen. In den letzten Tagen haben unsere Leser sich durch den der Volkswacht beigelegten Prospekt dieser Zeitschrift davon überzeugen können, daß „Der Stein der Weisen“ mancherlei des Interessanten und Befriedigenden bietet. Der Preis von 15 Pfennigen für das 24 Seiten starke Heft ist nicht zu teuer. Jeder, der sich über die Fortschritte der Wissenschaft unterrichten will und die paar Nickel zu erübrigen vermag, sollte den „Stein der Weisen“ abonnieren. Die Buchhandlung Volkswacht ist gern bereit, den Bezug zu vermitteln. Jede unserer Zeitungsfrauen nimmt Bestellungen entgegen.

Jugendbewegung. Die weibliche Jugend soll wieder einmal „erthüchtigt“ werden. Zu diesem Zweck hat sich ein „evangelischer Kreisverband zur Pflege der weiblichen Jugend von Danzig und Umgegend“ gebildet. Vorsitzender ist P a r r e r P a u l - O h r a.

Die Erfolge der proletarischen Jugendbewegung rütteln die Herrschaften auf. Um so eifriger müssen unsere jungen Freunde und Freundinnen für die Ausbreitung der Arbeiterjugend wirken.

Verteilung von Pflanzen an Schulkinder. Der Gartenbauverein verteilte an 800 Schulkinder 1605 Pflanzen in Töpfen. Jedes Kind erhielt eine Blattpflanze und eine blühende Pflanze. Im Herbst müssen die Kinder die Pflanzen wieder vorzeigen und für besonders gute Pflege gibt es dann eine Belohnung.

Dem Bericht gestellt hat sich der Arbeiter Klinskold aus Stolzenberg. R. hat am ersten Pfingstfeiertag den Schneider Koblhoff während eines Streites durch Messerstiche so schwer verletzt, daß der Gestochene an Verblutung starb. Der Täter war geflohen und hat sich in der Umgebung Danzigs verborgen gehalten.

Die Kunstsammlungen im Franziskanerkloster, Fleischer-gasse, werden nach teilweiser Neugestaltung wieder geöffnet. Die Neuorganisation nach weiterer Räume wird eine Schließung des gesamten Museums nicht notwendig machen.

Die Schweinepest herrscht unter den Schweinen des Arbeiters Joseph Kulwiski, Neufahrwasser, Fischmeisterweg.

Polizeibericht vom 6. Juni.

1. Verhaftet: 9 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Körperverletzung, 3 wegen Trunkenheit, 1 entlaufener Fürsorgezögling.
2. Obdachlos: 5 Personen.
3. Gefunden: 1 silberne Damenuhr mit langer silberner Kette nebst Anhänger, abzuholen aus dem Fundbureau des Kgl. Polizeipräsidiums; 1 schwarzer Damenschirm mit gebogener Kriechel, abzuholen von Frau Pauline Thiedel, Sültergasse 20, 2; 1 Tennisschläger, abzuholen von Herrn Oscar Matriciani, Rastion Ohs 3; 1 grüner Gartenstuhl, abzuholen von Herrn Franz Kostuch, Heubude, Siedlungsstraße C.

Danziger Standesamt vom 6. Juni. Danzig.

Todesfälle: Schneidergeselle Eugen May Kolloff, 25 J. 2 M. — S. des Schneiders Johann Rutowski, 10 W. — S. des Büfflers Johann Stempa, 3 M. — S. des Schneiders Albrecht Kostuch, 13 J. 2 M. — Witwe Wilhelmine Hoppe, geb. Bloch, 79 J. 6 M. — Unheftlich: 1 T.

Hierzu 1 Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Fooker-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Wittwoh-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterhalt-Danzig. Verlag Volkswacht S. Gehl u. Co.-Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Bei Max Philipsohn kauft jeder Art 590 Danzig, Langebrücke 8 man Schuhe und Stiefel in modernsten Formen enorm billig!

